Wahlrecht ab 16 in Bremen: Juniorwahl, Wahlhelfer und Werderwette

Einen Bericht über das „Bremer Rathausgespräch“ zur Shell-Jugendstudie 2010 mit deren Autor Professor Albert am 21. Februar überschreibt der Weser-Kurier mit : „Die Jugend ist nicht unpolitisch …/ Junge Leute mischen die Veranstaltung mit kritischen Fragen auf“ (WK 23.02.2011) Die, in ihrem Projekt „Wählen mit 16 – Wir sind keine Idiotes "[Als „Idiotes“ wurden in der antiken attischen Demokratie die Menschen bezeichnet, die sich nicht in die öffentlichen und politischen Angelegenheiten einmischten und sich in ihr Privatleben zurückzogen. Die Arbeiten des Schulprojekts finden sich unter www.nachtderjugend....] an der GSO vorbereiteten Fragen, bezogen sich auf das Wahlrecht ab 16, zur Lage auf dem Ausbildungplatzmarkt und zur Einführung einer „Auszeit“ im Anschluss an die Schule nach skandinavischem Modell. Sie sind hier in den Kästen dokumentiert.

Die Autoren der Shell-Jugendstudie plädieren angesichts der veränderten Reifeprozesse der Jugendlichen in Deutschland entschieden für eine Absenkung des Wahlrechts auf 16 Jahre. In vielen Bundesländern gilt dies bereits für das kommunale Wahlrecht – Bremen ist das erste Bundesland, das diese Absenkung des Wahlalters auch für die Landesebene einführt. Bis auf die CDU und den ehemaligen DVU-Abgeordneten Tittmann stimmten dem alle Parteien der Bürgerschaft zu. In allen anderen Bundesländern, die dieses Jahr Landtagswahlen haben, ist das Wahlrecht ab 16 ebenfalls Thema. Beim Wahl-O-Mat von Hamburg, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sprechen sich von den in den Landesparlamenten vertretenen Parteien die SPD, Die Grünen und die Linken für die Absenkung aus, auch die Piraten und die ÖDP sind dafür. Die FDP ist teils dafür, teils dagegen und teils neutral; die CDU ist entweder dagegen oder neutral. Kurz: Die politischen Bedingungen dafür, dass dem Vorreiter Bremen andere Länder folgen, sehen gut aus. Eine wichtige Frage bei diesem Prozess wird sein, wie stark die neuen Erstwähler ihr Wahlrecht nutzen und sich in die Politik einmischen. Am 22. Mai wird Deutschland auch unter diesem Aspekt nach Bremen schauen.

Gleichzeitig wurde das Wahlrecht in Bremen mit seinen 5 Stimmen so verändert, dass die personale Zusammensetzung der Bürgerschaft nicht mehr vor allem in den Händen der Parteigremien liegt, sondern vom Wähler unmittelbar beeinflusst werden kann, indem er seine Stimmen statt der Gesamtliste den Einzelkandidaten gibt. Beide Wahlrechtsänderungen zusammen müssen für die Schulen Anlass sein, große Anstrengungen im Bereich der Demokratieerziehung und der politischen Bildung zu unternehmen. Schülerinnen und Schüler bereits ab Klasse 9 haben das Wahlrecht und tragen politische Verantwortung.
Dagegen steht die starke Politiker- und Parteienverdrossenheit gerade auch in der Jugend, die zunehmende Kompliziertheit der großen Politik, das Gefühl der Machtlosigkeit bei vielen Menschen. Resultat all dessen ist ein Trend zu sinkender Wahlbeteiligung bei Wahlen auf allen staatlichen Ebenen, der gerade bei Jungwählern besorgniserregend ist.
In dieser Situation gibt es eine Strömung unter Bremer LehrerInnen, die Schule nicht auch noch in diesem Bereich mit dem Auftrag zur Reparatur gesellschaftlicher Fehlentwicklungen belastet sehen will. Es sei mittlerweile genug. Richtig daran ist nur, dass es Schule und den LehrerInnen nicht angelastet werden darf, wenn die Politikverdrossenheit auslösenden gesellschaftlichen Ursachen z.B. bei der Wahlbeteiligung nicht hinreichend konterkariert werden können. Angesichts des Auftrags der Schule und aller LehrerInnen – nicht nur jene/r die Politik unterrichten – sind hier aber große Anstrengungen aller KollegInnen berufliche Pflicht. In § 26 der Bremer Landesverfassung heißt zum Thema Schule, Erziehung und Unterricht:

Die Erziehung und Bildung der Jugend hat im wesentlichen folgende Aufgaben:
1. Die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung, die auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen und auf dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung beruht, zur Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Meinungen anderer führt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Völkern aufruft."
Entsprechend heißt es in § 3,4 des Brem. Schulgesetzes, dass Schule so zu gestalten ist, dass sie *„zu überlegtem persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln befähigt. Grundlage hierfür sind demokratisches und nachvollziehbares Handeln..."*

Tatsächlich ist es so, dass die Schulen im Lande Bremen und die Schülerinnen und Schüler große Initiativen ergreifen, um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden:

- Mit einer Ausnahme beteiligen sich alle Bremer Schulen an dem Projekt „Juniorwahl", das über das neue Wahlrecht aufklärt und in einer schulischen Probeabstimmung mit dem Original- Stimmzettel in der Regel eine Woche vor dem Wahltermin mündet. Eine solch breite Anstrengung von Schulen hat es bisher bei keiner Wahl in Deutschland gegeben.
- In Bremerhaven wird die Auszählung der Stimmzettel im Wesentlichen von Schülerinnen und Schülern übernommen. In Bremen beteiligen sich viele Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren als Wahlhelfer in den Wahllokalen und übernehmen Verantwortung. Zuletzt konnte man z.B. in Haiti und Ägypten verfolgen, wie die demokratische Kontrolle staatlicher Wahlen versagte. Dass bei der Bürgerschaftswahl in Bremen diese politische Verantwortung von Hunderten Erstwählern übernommen wird, sollte die Kritiker der Absenkung des Wahlalters auf 16 zum Nachdenken bringen.
- Bereits bei der „Nacht der Jugend" im November 2010 haben viele Jugendliche die Frage des Wahlalters 16 diskutiert und Position bezogen. Sie haben festgestellt, dass Bremer Schulprojekte bereits seit 1999 für diese Absenkung eintreten, dass das neue Wahlrecht in der Tat „von unten" kommt. Sie haben die „Werderwette" abgeschlossen und verpflichten sich damit, an ihren Schulen, in ihren Peer-groups dafür einzutreten, dass die Wahlbeteiligung der Erstwähler (16-20 Jahre) höher sein wird als die der 21-35 –Jährigen. 25 Schulklassen wollen auch mit dieser Wette ihre Mitschüler mobilisieren, zur Wahl zu gehen. (siehe: www.werderwette.de)
- Viele dieser Klassen streben an, im Vorfeld der Bürgerschaftswahl sich über Podiumsdiskussionen an ihren Schulen mit Kandidaten und Politikern in die Politik und den Wahlkampf einzumischen. Sie bereiten Fragen zu Themen vor, die ihnen unter den Nägeln brennen. (siehe die Kasten)

Ich behaupte: Eine solch breit getragene Anstrengung zur politischen Bildung hat es bisher noch bei keiner Wahl in Deutschland gegeben. Sie sollte von allen LehrerInnen des Landes unterstützt werden. Man darf darauf gespannt sein, ob sich eine solche Anstrengung von Schulen bei der Wahlbeteiligung auszahlt. Für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch in anderen Ländern wäre dies sehr hilfreich.

Hans-Wolfram Stein – Regionalberater Bremen des Förderprogramms „Demokratisch Handeln"

Fragen an Prof. Albert

Frage an Prof. Albert zum Wahlrecht ab 16

„In der Shell-Jugendstudie 2010 sprechen Sie sich für die Absenkung des Wahlrechts auf 16 Jahre aus. Begründung: „Ein durchschnittlicher 16-jähriger , vielleicht auch schon ein durchschnittlicher 14-jähriger Jugendlicher ist heute ohne weiteres in der Lage, die intellektuelle und soziale Urteilsfähigkeit aufzubringen, die für einen Wahlakt bei Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen erforderlich ist“ (ebd. S. 356)

In Bremen haben wir im Mai erstmals die Möglichkeit bei einer Landtagswahl ab 16 zu wählen. Deutschland wird nach Bremen schauen, wie Jugendliche mit diesem neuen Wahlrecht umgehen. In Hamburg ist bei der kommenden Bürgerschaftswahl das Wahlalter ab 16 ebenfalls ein Thema. Beim Wahlomat Hamburg sprechen sich derzeit die meisten Parteien für das Wahlalter 16 aus, wenige sind neutral, nur 3 von 13 Parteien sind dagegen; darunter bezeichnender Weise die CDU und die Rentnerpartei.

Eine gute Wahlbeteiligung der Erstwähler in Bremen wird diesen Trend bundesweit stützen. Wir haben deshalb gemeinsam mit 25 Schulklassen eine Wette abgeschlossen. Die Wette lautet: „Die Erstwähler (16-20 Jahre) werden bei der Bürgerschaftswahl am 22. Mai eine höhere prozentuale Wahlbeteiligung haben als die 21-35-jährigen“. Der Wettgegner ist Werder Bremen vertreten durch den Spieler Sebastian Prödl.

Wir fragen Sie Herr Prof. Albert:
Sind sie bereit, unser Anliegen auf unserer Web-Seite www.werderwette.de als Wettpate zu unterstützen? Die gleiche Frage geht an den Senatspräsidenten Herrn Böhrnsen und andere prominente Gäste dieser Veranstaltung.“
Frage gestellt von Saziye und Sisse GK Politik 11 - GSO

Frage an Prof. Albert zum Lehrstellenmangel:

„In Ihrer Studie heißt es auf Seite 353: „ Die Ergebnisse … verdeutlichen, dass die Jugendlichen heute vor allem zwei Dinge brauchen. Sie wünschen sich mehr Sicherheit, dass ihre schulischen und beruflichen Leistungen entsprechend honoriert werden, und mehr leistungsunabhängige Wertschätzung. Statt klaren Zielvorgaben – etwa, dass man die gewünschte Lehrstelle mit einem Notendurchschnitt von 2,5 auch bekommt – sehen sich die Jugendlichen diffusen Anforderungen gegenüber. Viele Jugendliche haben das Gefühl, dass gute Schulleistungen und zahlreiche Praktika zwar gut, aber nie wirklich gut genug sind“

Wir glauben, das trifft es sehr gut. In der Stadt Bremen stammen am 30.9 2010 die von der Bundesagentur für Arbeit geführten etwa 3000 Bewerber für einen Ausbildungsplatz nur zu 43% aus dem vorhergehenden Schulabgangsjahr. Die anderen haben schon Warteschleifen gedreht.

Die Zahl der Bewerber ist seit 2006 um 35% gesunken. Warum? Seit einigen Jahren wird man Bewerber nicht mehr dadurch, dass man zum Arbeitsamt geht und sagt: „Ich suche eine Lehrstelle. Bitte helfen sie mir.“ Das reicht nicht, um als „Bewerber“ in die Statistik einzugehen. Vielmehr fällt der Berater nach einigen Tests und Untersuchungen die Entscheidung, ob ich überhaupt als „Bewerber“ geführt werde und Angebote bekomme oder ob ich erst durch Maßnahmen gefördert werden muss. So landen bundesweit immer mehr (2009 = 400.000 Schüler) Schüler im schulischen Übergangssystem, das für viele nur eine Warteschleife ist. Selbst wenn man es geschafft hat, als Bewerber geführt zu werden, sind in 2009/2010 in BRD von 535.000 Bewerbern nur 222.000 in eine Berufsausbildung eingemündet. Das sind gut 40%! Obwohl die angeblich nicht ausbildungsreifen Schulabgänger bereits zuvor aussortiert wurden, münden nur 40% der Bewerber in eine Berufsausbildung. Will uns die Wirtschaft ernsthaft erzählen, dass deutlich mehr als die Hälfte aller Schulabgänger nicht ausbildungsreif sind? Genau wie sie schreiben: Sehr viele von uns sind „zwar gut, aber nie wirklich gut genug“.
Frage: Meinen Sie nicht auch, dass „Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch als Bewerber in der Statistik gezählt werden müssen“? So fordert es z.B. der Deutsche Gewerkschaftsbund.
Frage gestellt von Billal und Victor, GK Politik, 11 Jg. GSO

Frage an Prof. Albert zum Thema „Auszeit nach der Schule“

Angesichts des in Deutschland „auf den Jugendlichen lastenden Bewährungsdrucks“ (S. 354) empfehlen Sie in der Shell-Studie ein jugendpolitische „Anleihe“ in Skandinavien mit vom Staat und der Wirtschaft geförderten und „akzeptierten Auszeiten“. Viele Jugendliche in Skandinavien nehmen sich, nachdem sie eine allgemeinbildende Schule abgeschlossen haben, für ein Jahr eine Auszeit in der Ausbildung und besuchen Internatsschulen, in denen sie fern von Leistungsdruck ihren Interessen nachgehen können. Einige Schulen sind auf Outdooraktivitäten spezialisiert, andere sind für das lokale Radioprogramm zuständig, dritte machen Fernreisen – von der Planung bis zur Suche nach Sponsoren – andere wiederum widmen sich handwerklichen Projekten usw. … Entscheidend (dabei) ist …, dass sie Gelegenheit haben, für ein Jahr exakt das zu tun, was ihnen Spaß macht und worin sie –vermutlich- auch gut sind… In Deutschland fanden diese Auszeiten in der Regel eher als ungewolltes Beiprodukt statt, etwa wenn der Zivildienst zu einer besonderen Zeit im Leben wurde, in der man Erfahrungen sammeln konnte, die man zwar nicht für die spätere Berufswahl benötigte, die aber für die persönliche Entwicklung großen Wert besaßen.“ (Mit der Aussetzung der Wehrpflicht fällt auch der Zivildienst weg.) „Damit aber verschwindet… (für Jugendliche die Gelegenheit und die) Zeit für eine produktive Auseinandersetzung mit der körperlichen und psychischen Innenwelt und der sozialen und gegenständlichen Außenwelt. .“ (S. 354ff)

Wir finden dieses skandinavische Modell sehr gut und hilfreich. Auf ähnliche Ideen sind auch schon Jugendliche in Deutschland gekommen; z.B. im Deutschen Jugendparlament, das im Oktober in der Bürgerschaft tagte. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, die nicht nur für Jugendliche gilt: Eine „Initiative zur Förderung und Aufwertung bürgerlichen Engagements… Um dieses Ziel zu erreichen, soll es – in Anlehnung an das FSJ für junge Erwachsene – Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters ermöglicht werden, aus dem Berufsleben (für maximal ein Jahr) auszusteigen, um sich bürgerschaftlich zu engagieren (entsprechend dem FSJ/FÖJ). … Entscheidend für den Erfolg der Maßnahme ist eine gesicherte Finanzierung der Teilnehmenden. Hierzu wird eine Grundsicherung gewährt, die vom bisherigen Einkommen unabhängig ausgezahlt wird. Diese orientiert sich an dem Satz des ALGII. Zu diesem Zweck wird jährlich ein Fond von 2 Milliarden Euro aus Bundesmitteln eingerichtet“.

Frage an Prof. Albert: Was halten Sie von diesem Vorschlag? An Senatspräsident Böhrnsen: Wurde dieser Vorschlag des deutschen Jugendparlaments bereits diskutiert und wenn ja wie?

Frage von Billal und Victor, GK Politik, 11 Jg. GSO